

A b d r u c k
Niederschrift
über den **öffentlichen** Teil der Sitzung des Kreistages Miltenberg
von Montag, den 21.10.2013,
im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Miltenberg

Beginn der Sitzung: 14:00 Uhr
Ende der Sitzung: 16:00 Uhr

Den Vorsitz führte Herr Landrat Roland Schwing.

Für den in der Zeit von 16:05 Uhr bis 16:40 Uhr stattgefundenen nichtöffentlichen Teil dieser Sitzung wurde eine gesonderte Niederschrift gefertigt.

Anwesend waren:

Kreistagsmitglieder

Herr Dietmar Andre
Frau Marion Becker
Herr Karlheinz Bein
Herr Michael Berninger
Herr Walter Berninger
Herr Joachim Bieber
Herr Helmut Demel
Frau Sonja Dolzer-Lausberger
Frau Ellen Eberth
Herr Hermann-Josef Eck
Herr Roland Eppig
Herr Dr. Hans Jürgen Fahn
Frau Emma Fichtl
Herr Bruno Fischer
Herr Ulrich Frey
Herr Boris Großkinsky
Herr Michael Günther
Frau Birgit Hotz
Herr Dr. Heinz Kaiser
Frau Claudia Kappes
Herr Ferdinand Fritz Kern
Herr Hubert Klimmer
Herr Reinhold Köhler
Herr Thomas Köhler
Frau Hannelore Kreuzer
Herr Erich Kuhn
Herr Edwin Lieb
Herr Dr. Heinz Linduschka
Herr Matthias Luxem
Herr Peter Maurer
Herr Thorsten Meyerer
Frau Petra Münzel
Herr Karl-Joachim Oberle
Herr Günther Oettinger
Herr Jürgen Reinhard
Herr Ludwig Ritter
Herr Berthold Rüth
Herr Jens Marco Scherf

Herr Otto Schmedding
 Herr Steffen Scholz
 Herr Bernd Schötterl
 Frau Monika Schuck
 Herr Kurt Schumacher
 Herr Dr. Ulrich Schüren
 Herr Manfred Schüßler
 Frau Juanita Schwaab
 Herr Reinhard Simon
 Herr Hermann Spinnler
 Herr Erich Stappel
 Herr Bernhard Stolz
 Frau Anne Tulke
 Herr Dr. Rainer Vorberg
 Herr Roland Weber
 Frau Ruth Weitz

Entschuldigt gefehlt haben:

Kreistagsmitglieder

Herr Erwin Dotzel
 Frau Rita Follner
 Herr Peter Schmitt
 Herr Dr. Christian Steidl
 Herr René Wendland
 Herr Wolfgang Zöllner

Von der Verwaltung haben teilgenommen:

Herr Gerhard Rüth, UB 1	
Herr Dietmar Fieger, UB 2	
Herr Kurt Straub, UB 3	TOP 3
Herr Steffen Krämer, UB 3	TOP 2
Herr Rainer Wöber, UB 4	
Frau Ilona Hörnig, UB 4	
Herr Andreas Wosnik, UB 5	
Frau Ruth Heim, Sachgebiet 11	TOP 4
Frau Kristina Wagner, Schriftführerin	

Ferner hat teilgenommen:

Herr. Dr. Gerald Heimann, ZENTEC GmbH	TOP 1
---------------------------------------	-------

Vor Eintritt in die Tagesordnung gratuliert Landrat Schwing Kreisrat Hubert Klimmer zur Vollendung seines 50. Lebensjahres am 20. September 2013.

Tagesordnung:

- 1 Geschäftsbericht 2012 der ZENTEC GmbH Großwallstadt von Geschäftsführer Dr. Gerald Heimann
- 2 Beteiligungsbericht des Landkreises Miltenberg - Geschäftsjahr 2012
- 3 Haushaltsbericht 2013
- 4 Festsetzung der Gebühren für die DK-I-Deponie der Kreismülledeponie Guggenberg ab 01.10.2013
- 5 Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg/Hermann-Staudinger-Gymnasium Erlenbach; Antragstellung FAG
- 6 Anfragen

Tagesordnungspunkt 1:

Geschäftsbericht 2012 der ZENTEC GmbH Großwallstadt von Geschäftsführer Dr. Gerald Heimann

Dr. Heimann, ZENTEC GmbH, gibt seinen Geschäftsbericht anhand der beiliegenden Präsentation.

Landrat Schwing dankt ihm für seinen Bericht. Man habe gelernt, die ZENTEC sei eine dynamische Einrichtung, permanent Neues und jedes Jahr neue Initiativen und Einrichtungen. Stillstand sei hier sofort Rückschritt. Er sei bestens vernetzt und dies sei wichtig und der Grund für den großen Erfolg. Die ZENTEC sei ein Flaggschiff für die Region. Das Geld, welches alle drei Gebietskörperschaften dort investieren, sei gut angelegt. Er bittet Dr. Heimann, den Dank auch an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter weiterzugeben.

Kreisrat Maurer weist auf das Alleinstellungsmerkmal hin, welches hier geleistet werde. Er fragt nach einem Weg, auch in der Produktion und Fertigung etwas zu bewegen im Hinblick auf Mitarbeiterbeschäftigung.

Dr. Heimann antwortet ihm, mit der Ko-FAS habe man anfangs die Hoffnung gehabt, dass regionale Zulieferer mitkommen. Allerdings möchten diese mehr produzieren und nicht entwickeln. Entsprechend habe man laufend informiert, soweit er wisse seien diese mit den Zulieferern bei den Automobilherstellern in Kontakt. Als Beispiel nennt er Continental in Alzenau. Natürlich sei man auch bereits am nächsten Projekt, dies sei aber noch nicht spruchreif.

Kreisrat Dr. Kaiser bemerkt, ZENTEC sei ein hervorragendes Instrument der regionalen Wirtschaftspolitik und der Energiepolitik und habe sich hervorragend entwickelt. Er fragt außerdem nach regionalem Standortmarketing und der Ansiedelung von Unternehmen.

Dr. Heimann erklärt, man habe zwei Standbeine. Es hänge davon ab, wie intelligent man sich verdrahte. Viele Firmen wollen aber nach Frankfurt und nicht ins Umfeld. Alle Instrumente werden bedient, aber man müsse sich damit abfinden, dass die Wahrscheinlichkeit geringer sei als in Frankfurt oder München.

Kreisrat Scholz fragt nach konkreten und regelmäßigen Kooperationen in Bezug auf die Betreuung von Bachelor- und Masterarbeiten.

Dr. Heimann antwortet, man suche nicht aktiv, aber wenn sich Interessenten melden, sei die Bereitschaft da. Natürlich müssen die Leute persönlich und fachlich qualifiziert sein.

Für Kreisrat Andre sind die Tendenzen der Zeit gut zu erkennen, das sei immer wieder faszinierend. Er fragte, ob es auch bei dem neuesten Thema Energie neue Erkenntnisse gebe und ob weitere Schritte geplant seien.

Herr Gasper sei eifrig am Werk, bestätigt Dr. Heimann. Er wisse, was er plane, aber dies sei noch nicht spruchreif und müsse erst in die Steuerungsgruppe und in den Energiebeirat. Er unterstütze und helfe ihm und gebe ihm Kapazitäten im Bereich Marketing. Er sehe keine Probleme, nur gute Vorarbeit, und er sei sicher, im nächsten Jahr viele gute neue Projekte von Herrn Gasper zu sehen.

Landrat Schwing fügt hinzu, Herr Gasper habe auch bei einem bundesweiten Papier des Innovationsrings des Deutschen Landkreistages mitgearbeitet, in dem es um Energiepolitik gehe.

Kreisrat Dr. Fahn fragt Dr. Heimann nach Entwicklung und Prognose der Elektromobilität allgemein in Deutschland und hier am Untermain.

Dr. Heimann entgegnet, das Thema habe aktuell ein tiefes Tal hinter sich gebracht und nun werde es stärker kommen, als man es vor ein paar Monaten noch gedacht habe, mit vielen Produkten und Systemen. Die Zielmarke sei nun nicht mehr so unrealistisch. Man selbst habe ein frisches Projekt mit der Hochschule Aschaffenburg am Start, wo es um elektrische Antriebstechnik gehe. Die erste Veranstaltung hierzu sei am 4. November 2013 und weitere werden kommen.

Kreisrätin Münzel erklärt, die Kritik, die Energieagentur bei der ZENTEC anzusiedeln, sei hauptsächlich von ihrer Fraktion gekommen. Sie glaube auch, es sei für eine Einschätzung noch zu früh, ob es sich bewähre oder nicht. Ihr falle nur auf, dass es merkwürdig still sei. Sie wünsche sich mehr Öffentlichkeitsarbeit, sie höre nichts von der Energieagentur, auch der Beirat habe erst einmal getagt, sie sei auch Mitglied. Momentan habe sie den Eindruck, die Hauptaufgabe von Herrn Gasper sei, alle Akteure in der Region kennenzulernen und sich vorzustellen. Irgendwann aber müsse hier Gas gegeben werden.

Landrat Schwing entgegnet, es sei sinnvoll abzuwarten, viele Erwartungen würden an Herrn Gasper herangetragen. Diese seien nur über Vernetzung zu lösen, daher müsse er sich erst sortieren, Netzwerke suchen und aufbauen. Dies sei ganz normal, er höre überall nur Lob, wo er bisher aufgetreten sei.

Kreisrat Stappel bedankt sich für den Vortrag, er verfolge das Angebote an Kursen und Seminaren und die Auslastung sei sehr gut, ebenso wie die Forschungsergebnisse. Mit der Zeit müsse man auch Arbeitsplätze in der Region schaffen. Die Abwanderungsquote der Einwohner sei hoch, daher müsse man hier tätig werden. Herrn Gasper habe er persönlich kennengelernt, er stelle sich aber nicht nur vor, sondern frage Belange, Vorstellungen und Ziele ab. Er müsse ja wissen, was andere wollen, daher weise er zurück, dass Herr Gasper sich nur überall vorstelle.

An Dr. Heimann richtet Kreisrätin Dolzer die Frage, wann die ersten Maßnahmen erfolgen.

Dr. Heimann antwortet, es können keine Maßnahmen ergriffen werden, bevor nicht der Energiebeirat zugestimmt habe. Im Grunde genommen seien die Maßnahmen vorbereitet, daher rechne er mit Anfang 2014.

Landrat Schwing fügt hinzu, der nächste Termin der Steuerungsgruppe sei bereits festgelegt.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 2:

Beteiligungsbericht des Landkreises Miltenberg - Geschäftsjahr 2012

Herr Krämer erteilt den Beteiligungsbericht zum Geschäftsjahr 2012 anhand der beiliegenden Präsentation.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen seine Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 3:
Haushaltsbericht 2013

Herr Straub erläutert den Haushaltsbericht 2013 anhand der beiliegenden Präsentation mit Stand 08.10.2013. Er weist darauf hin, dass noch nicht alle Eckdaten vorhanden seien und man auch auf die letzten Daten nicht warten könne.

Landrat Schwing dankt ihm, man könne mit der Abwicklung des Haushaltes im Großen und Ganzen zufrieden sein. Bei der vorliegenden Steuerkraftentwicklung könne man zuversichtlich sein. Im Dezember werde man im Kreisausschuss den Haushalt vorberaten als auch im Kreistag einbringen und verabschieden. Die Gespräche mit den Fraktionsvorsitzenden sind bereits terminiert, ebenso mit dem Bayerischen Gemeindetag. Zwischen dem 10. und 15. November werden die Kreisräte die Unterlagen in aller Ausführlichkeit wie gewohnt erhalten. Natürlich wisse man nicht, was der Bezirk mache. Er gehe aber nach aktueller Situation nicht von einer Erhöhung der Bezirksumlage aus, aber man wisse es natürlich nicht. Der neue Kreistag 2014 wird also arbeitsfähig sein.

Kreisrat Scherf bemerkt, es sei wichtig, den konsequenten Schuldenabbau zu sehen, der sehr positiv sei, weil er Handlungsspielräume gebe, z. B. das Schulbauprogramm. Weiterhin positiv sei der Jugendhilfeeetat. Es habe sich auch als richtig erwiesen, im Bereich der Jugendhilfe Geld in die Hand zu nehmen und kritisch auf die Personalausstattung des Jugendamtes zu schauen. Auch der Ausbau der Jugendsozialarbeit sei zu erwähnen, davon profitiere man nicht nur finanziell, sondern vor allem auch geht es den Kindern und Jugendlichen im Landkreis besser und man sei einen Schritt weiter in Richtung Chancen- und Bildungsgleichheit.

Landrat Schwing fügt hinzu, man habe natürlich entgegen des Trends in den letzten beiden Jahren positiv über den Jugendamtesetat gesprochen. Man müsse einmal sehen woher das kommt. Die Prophylaxe habe auch viel Geld gekostet und verlange viel Personal. Aber man freue sich über die Entwicklung, zumal dieser Etat über viele Jahre große Sorgen gemacht habe.

Kreisrat Dr. Linduschka ergänzt Kreisrat Scherf, der Kreis dürfe die Anstrengungen in diesem Bereich nicht verringern, ganz im Gegenteil. Weiterhin habe er in den letzten Jahren konsequent nie eine schnelfüßige Senkung der Kreisumlage verlangt, sondern immer die bisherige Politik für richtig gehalten, Geld in der Rücklage zu hinterlassen, damit man mit Vorausschau planen könne. Damit sei man gut gefahren. In der letzten Haushaltsberatung sei mehrfach erwähnt worden, der Haushalt sei eng auf Kante genäht wie noch nie. Heute wolle er erfahren, ob das Ergebnis tatsächlich so knapp sei?

Landrat Schwing meint, man habe sehr verantwortungsvolle Umlagenpolitik betrieben. Man habe Spielräume erarbeitet, insbesondere für den nächsten Kreistag, die auch gebraucht werden. Man habe ein weiteres 40.-Mio.-Schulbauprogramm beschlossen und daher müsse man dranbleiben. Es seien gewaltige Herausforderungen und er warne vor Leichtsinnigkeit. Denn man habe keine überdurchschnittliche Steuerkraft, man liege in diesem Jahr an Platz 43 von 71, also liege man deutlich unter dem Schnitt, dasselbe gelte für die Kreisumlage.

Herr Straub antwortete Kreisrat Dr. Linduschka, der Haushalt 2013 war vor der Verabschiedung auf Kante genäht. Dann habe man aber die Bezirksumlagesenkung und Schlüsselzuweisung von rund 1,4 Mio. erhalten. Daher sei man in der glücklichen Lage gewesen, die Kreditaufnahme zurückzufahren. Bei den Bauausgaben sei beispielsweise klar, dass man noch einige Millionen an Ausgaben haben werde, aber nicht auf die volle geplante Summe komme. So müsse man in 2014 und folgenden Jahre nachfinanzieren. Es werden keine Reste mehr gebildet. Wie es am Ende des Jahres aussehen werde, könne er heute noch nicht sagen.

Kreisrat Scholz bemerkt, wie in den vergangenen Jahren werde der Ergebnishaushalt weit über Plan abzuschließen sein. Dies sei ein umlagefinanzierter Haushalt, diese Umlage sei durch die Kommunen zu bezahlen, und am Ende von den Kindergärten und kommunalen Schulen. Wenn er sich anschau, dass die Umlagekraft in 2014 steige, dann müsse die Frage erlaubt sein, ob die Kreisumlage nicht zu hoch sei. Er werde wieder die Frage nach Kreisumlagesenkung stellen, auch wenn sie abgelehnt werde.

Landrat Schwing bemerkt, zu diesem Thema werde man sich ausführlich in den Haushaltsberatungen unterhalten.

Herr Straub antwortet auf Rückfrage von Kreisrat Dr. Kaiser zur Grunderwerbsteuer, man werde sich bei rund 1,2 Mio. einspielen. Bundesweit spielen sich die von ihm erwähnten Steigerungen hauptsächlich im südlichen Deutschland und den großen Ballungszentren ab. Dort sei die Grunderwerbsteuer wesentlich höher als bei uns.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Tagesordnungspunkt 4:

Festsetzung der Gebühren für die DK-I-Deponie der Kreismülldeponie Guggenberg ab 01.10.2013

Frau Heim erläutert, aufgrund der entsprechenden Beschlüsse des Umweltausschusses vom 17. Juli 2013 werden die Deponiegebühren für die verschiedenen Deponien der Kreismülldeponie Guggenberg zum 01.01.2014 neu festgesetzt.

Eine Ausnahme bildet die Deponiegebühr für die DK-I-Deponie. Diese soll ab 01.10.2013 für den Rest des Verfüllzeitraumes auf 55,00 € je Tonne festgesetzt (bisher 95,00 €). Die DK-I-Deponie hat derzeit ein Restvolumen von ca. 13.000 Tonnen. Diese Gebühr gilt nur für diese Restverfüllung.

Diese Gebühr soll wegen der betriebstechnisch sinnvollen schnellstmöglichen Restverfüllung der DK-I-Deponie bereits rückwirkend zum 01.10.2013 in Kraft treten. Zur Vermeidung von zwei Änderungen der Abfallgebührensatzung innerhalb eines Vierteljahres empfiehlt die Landkreisverwaltung diese Änderung vorgezogen in Kraft zu setzen und in der kommenden Abfallgebührensatzung entsprechend rückwirkend auszuweisen und damit rechtlich abzusichern.

Die Änderungen der Deponiegebühren werden mit den weiteren anstehenden Änderungen der Abfallgebührensatzung im November vom Umweltausschuss vorberaten und im Dezember 2013 vom Kreistag behandelt werden.

Hierzu liegt ein Empfehlungsbeschluss des Ausschusses für Natur und Umweltschutz vom 30.09.2013 vor.

Der Kreistag fasst einstimmig den folgenden

Beschluss:

Der Kreistag lässt die Reduzierung der Deponiegebühren für die DK-I-Deponie auf 55,00 EURO, rückwirkend ab 01.10.2013, zu. Die Änderung wird in der kommenden Abfallgebührensatzung verankert.

Tagesordnungspunkt 5:

Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg/Hermann-Staudinger-Gymnasium Erlenbach; Antragstellung FAG

Herr Wosnik erläutert, in der Kreistagssitzung vom 26.03.2012 wurde das Schulprogramm des Landkreises für die Gymnasien in Miltenberg und Erlenbach sowie für die Realschule in Obernburg beschlossen.

Im Januar 2013 wurde bei der Regierung das genehmigungsfähige Raumprogramm angefragt. Das Raumprogramm liegt für das Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg vor.

Für beide Gymnasien wurden VOF-Verfahren für die Gebäudeplanung und die Planung der Technischen Ausrüstung angestoßen. Die Teilnahme an den Verfahren ist sehr zufriedenstellend.

Eingegangene Teilnahmeanträge:

Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg

Architektur: 15 Büros

TGA (HLS und Elektro): 9 Büros

Hermann-Staudinger-Gymnasium, Erlenbach

Architektur: 12 Büros

TGA (HLS): 5 Büros

TGA (Elektro): 6 Büros

Mit einem Vergabevorschlag für beide Gymnasien ist für die Bauausschusssitzung am 05.12.2013 zu rechnen.

Der Unternehmensbereich 5 hat in Zusammenarbeit mit den bisher an den beiden Schulen tätigen Architekturbüros die im Frühjahr 2012 beratenen Zahlen überprüft.

Die Überprüfung ergab, dass die im Bauprogramm genannten Kosten für beide Baumaßnahmen die Bauleistungen (KGr 300, DIN 276), die Technische Ausrüstung (KGr 400), eine geringfügige Überarbeitung der Freianlagen (KGr 500) und die zugehörige Nebenkosten (KGr 700) abdecken. Die teilweise notwendige neue Ausstattung (Kostengruppe 600) kann allerdings nicht abgedeckt werden. Beim Schulzentrum Elsenfeld lagen diese Kosten, die größtenteils nicht förderfähig waren, bei ca. 4,8 % der Gesamtbaukosten.

Für eine Berücksichtigung der anstehenden Sanierungen in der Mittelfristplanung der Fördergelder der Regierung in Unterfranken und eine ggf. vorzeitige Baufreigabe für die Jahre 2015/2016, ist die Stellung eines FAG-Antrags für beide Schulen noch in 2013 angeraten.

Die Antragstellung muss laut Schreiben der Regierung vom 02.08.2013 bis zum 15. November erfolgen. Die Summe der in dem Antrag zu nennenden Kosten für die Kostengruppen 300, 400, 500 und 700, soll vom Kreisbauamt entsprechend dem beschlossenen Bauprogramm eingesetzt werden, soweit sich aus dem Ausschreibungsverfahren keine wesentlichen Änderungen ergeben

Der Kreistag fasst einstimmig den

Beschluss:

Der Kreistag nimmt die Ausführungen zur Kenntnis und beschließt die FAG-Antragstellung für das Hermann-Staudinger-Gymnasium Erlenbach und das Johannes-Butzbach-Gymnasium Miltenberg.

Tagesordnungspunkt 6:
Anfragen

Auf die Anfrage von Kreisrat Scholz und Kreisrat Frey vom 11.10.2013 zum Verkauf der Krankenhäuser Miltenberg und Erlenbach von der Rhön Klinikum AG an die Helios GmbH erklärt Landrat Schwing folgendes:

Zu Abschnitt 1:

Von der Rhön Klinikum AG gibt es keine Anfrage auf Zustimmung bei der Verwaltung des Landkreises zum Verkauf der Krankenhäuser Miltenberg und Erlenbach.

Eine solche Zustimmung, wie sie möglicherweise von anderen ehemaligen kommunalen Trägern erteilt werden muss, ist im Fall der Krankenhäuser Miltenberg und Erlenbach aus zwei Gründen auch nicht erforderlich.

Zum einen ist der Landkreis Miltenberg nicht an der Kliniken Miltenberg-Erlenbach GmbH als Übernehmergeellschaft und Träger der beiden Häuser beteiligt.

Zum anderen findet durch den Erwerb von Helios auch kein Trägerwechsel statt. Träger der beiden Häuser in Miltenberg und Erlenbach ist nach wie vor die „Kliniken Miltenberg-Erlenbach GmbH“.

Die Frage der Rückübernahme der beiden Häuser in Miltenberg und Erlenbach und des Krankenhausbetriebs durch den Landkreis stellt sich nicht.

In dem seinerzeitigen Kaufvertrag vom 15. April 2005 des Notars Christoph Baumeister in Klingenberg ist die Sicherstellung des Versorgungsauftrags durch die Kliniken Miltenberg-Erlenbach GmbH auch für den Fall der Weiterveräußerung rechtsverbindlich vereinbart worden.

Die Sicherstellung des Versorgungsauftrags ist grundbuchrechtlich in Form einer beschränkt persönlichen Dienstbarkeit, und damit rechtlich verpflichtend **für jeden weiteren Erwerber**, abgesichert worden.

In dem Vertrag ist eine weitere Sicherungsklausel für den Fall enthalten, dass der Krankenhausbetrieb in Miltenberg im Zuge des Neubaus eines Krankenhausgebäudes auf ein anderes Grundstück verlagert wird. Auch für diesen Fall, der ja tatsächlich eingetreten ist, wurde auf dem Neubaugrundstück eine entsprechende beschränkt persönliche Dienstbarkeit eingetragen.

Zu Abschnitt 2:

Der Beirat ist nach dem Unternehmenskaufvertrag kein beschließendes Gremium. Wir sind also nicht zu „beteiligen“.

Wir sind von Herrn Eydt im Namen des Vorstands der Rhön AG am 13.09. informiert worden.

Der Beirat ist in seiner Sitzung am 27.09. ebenfalls von Herrn Eydt informiert worden.

Zu Abschnitt 3:

Die Frage nach der Verpflichtung des Landkreises zur Errichtung und zum Unterhalt der Krankenhäuser ist falsch gestellt.

Nach Art. 51 Abs. 3 Ziffer 1 LKrO hat der Landkreis **keinen** uneingeschränkten Versorgungsauftrag. Die Landkreisordnung spricht lediglich von der Verpflichtung der Landkreise, die **erforderlichen** Krankenhäuser zu errichten und zu unterhalten.

Wenn ein Landkreis, so wie bei uns im Jahr 2005 aus guten Gründen geschehen, „seine“ Kreiskrankenhäuser an einen privaten Rechtsträger veräußert, handelt sich um einen rechtlich zulässigen Fall der **Aufgabenprivatisierung**. Damit gehen die Aufgabe und auch die Verantwortung für das Personal der Häuser auf den privaten Träger über.

Allgemein gilt:

alle Verträge und Tarifverträge behalten ihre Geltung. Es gilt das Vereinbarte und auch die Rhön-Tarifverträge gelten weiter.

Speziell bei uns gilt:

zur Sicherung der Rechte der Arbeitnehmer ist in dem Unternehmenskaufvertrag von 2005 ein eigener Zusatzvertrag enthalten. Mit diesem Zusatzvertrag stellen die Vertragsschließenden sicher, dass die Rechte der Arbeitnehmer im Zusammenhang mit einem Betriebsübergang (der hier nicht stattgefunden hat! s.o.) im gebotenen Umfang gewahrt werden.

In dem Zusatzvertrag ist die Verpflichtung enthalten, dass im Falle von Übertragungen, Ausgliederungen oder Veräußerungen des Betriebs, soweit es dadurch zu einem Betriebsübergang kommt, vertraglich sichergestellt wird, dass der jeweilige Erwerber die sich aus dem Zusatzvertrag ergebenden Verpflichtungen übernimmt und weitergibt.

Der Geschäftsführer von Helios hat in einem Schreiben an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der betroffenen Häuser erklärt, dass die Kliniken nicht gekauft werden, um Personal zu kündigen und die Kliniken dann zu schließen.

Zu Abschnitt 4:

Das Miltenberger Stillcafé ist nach Auskunft des Geschäftsführers deswegen geschlossen worden, weil die Mitarbeiter/innen aus der Kinderkrankenpflege auf Grund von mehreren (leider längerfristigen) krankheitsbedingten Ausfällen das Stillcafé in Miltenberg vorerst nicht mehr besetzen können.

Zuerst muss die Versorgung der stationären Patienten bzw. Patientinnen sichergestellt werden, weil das der Versorgungsauftrag ist.

Das Stillcafé in Miltenberg ist zwar eine wichtige, aber **rein freiwillige Einrichtung**, die erst der private Träger (Kliniken Miltenberg-Erlenbach GmbH) geschaffen und auch finanziert hat. Vorher gab es diese Einrichtung in Miltenberg nicht.

Finanzielle Auswirkungen

Bei der Gesamtthematik ist auch auf die finanziellen Auswirkungen zu achten. Wenn Sie in den letzten Wochen und Monaten aufmerksam die Berichterstattung in den Medien aus den Nachbarkreisen verfolgt haben, ergibt sich folgendes Bild:

- **Rhein-Main-Gebiet vor Klinikfusion:** Für die Kliniken des Main-Taunus-Kreises und das Klinikum Frankfurt – Höchst wird die Möglichkeit eine Fusion geprüft. Grund sind steigender Kostendruck und scharfer Wettbewerb zwischen den Krankenhäusern.
- **In Aschaffenburg** wird die Fusion des Klinikums Aschaffenburg mit dem Kreiskrankenhaus Alzenau-Wasserlos derzeit diskutiert und geprüft.
- **Neckar-Odenwald-Kliniken** – Defizit 2012 6,6 Millionen Euro. Ferner stellt der Neckar-Odenwald-Kreis zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit der Kliniken bis 2015 Liquidität bis zu einer Gesamthöhe von 8,85 Millionen Euro zur Verfügung. Diese wird über die Kreisumlage finanziert.
- **Odenwaldkreis:** Die Gesundheitszentrum Odenwald GmbH in Erbach muss dringend ihre Eigenkapitalquote erhöhen. Nach 2 Jahren mit negativem Jahresergebnis (2011 Minus von 581 000 Euro) und (2012 Minus von 1,17 Millionen Euro) ist das Eigenkapital der GmbH bis auf 1,5 Millionen aufgebraucht. Da auch für 2013 mit einem Defizit von 800.000 Euro gerechnet wird, leistet der Odenwaldkreis eine Finanzspritze von 1,5 Millionen Euro. Dafür wurde ein Nachtragshaushalt verabschiedet. Insgesamt plant der Odenwaldkreis, in den nächsten Jahren bis zu fünf Millionen Euro bereit zu stellen.

Fazit: Der Verkauf der Krankenhaus GmbH an die Rhön-Klinikum AG im Jahr 2005 hat dem Landkreis eine nachhaltige finanzielle Entlastung erbracht. Diese Entscheidung ermöglicht die Verwirklichung des Schulbauprogrammes von weiteren 40 Millionen Euro und dass beide Krankenhausstandorte mit TOP-Ausbauzustand in Erlenbach und Miltenberg erhalten bleiben.

gez.

Schwing
Vorsitzender

gez.

Wagner
Schriftführerin